

An die  
Bezirkshauptmannschaft Innsbruck  
Verkehrsreferat  
Gilmstraße 2  
6020 Innsbruck

E-Mail: [bh.innsbruck@tirol.gv.at](mailto:bh.innsbruck@tirol.gv.at)

(Eingangsvermerk)

## Antrag auf Verordnung eines Halte- und Parkverbotes

### I. Angaben zum/zur AntragstellerIn (bitte genau ausfüllen):

Firma (juristische Person): .....

Nachname: .....

Vorname: .....

PLZ, Ort: .....

Straße: .....

E-Mail-Adresse: .....

Telefon: .....

*Hinweis: Wenn es sich beim Antragsteller um eine juristische Person handelt ist eine Vollmacht des vertretungsbefugten Organs beizulegen.*

### II. Es wird um Verordnung folgender Beschränkung angesucht:

Es wird ersucht auf der Landesstraße L / B (genaue Bezeichnung notwendig)

Straßenbezeichnung: .....

im Bereich (von-bis, Kilometer, Hausnummer): .....

ein

Halte- und Parkverbot

Parkverbot

anzuordnen.

Zusatztafeln:

Abschleppzone     Behindertenparkplatz     Ladezone     zeitliche Beschränkung

folgende Ausnahme: .....

**III. Sonstige Angaben / Bemerkungen (Begründung, etc.):**

.....  
.....  
.....

<b>Information</b>
--------------------

**Zuständigkeit**

Die **Gemeinde**, sofern sich die Maßnahme nur für das Gebiet der betreffenden Gemeinde wirksam wird und sich auf Straßen, die nach den Rechtsvorschriften weder als Autobahnen, Autostraßen, Bundes- oder Landesstraßen gelten, noch diesen Straßen gleichzuhalten sind, beziehen soll.

Die Straßen geringeren Ranges fallen in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinde. Solche Straßen sind nach den jeweils geltenden Landesstraßengesetzen, z.B. Gemeindestraßen, öffentliche Interessenwege, Güterwege, Eisenbahnzufahrtsstraßen.

Die **Bezirksverwaltungsbehörde** (Bezirkshauptmannschaft und Magistrat), wenn die Maßnahme nur für den betreffenden politischen Bezirk wirksam werden soll und sich nicht die Zuständigkeit der Gemeinde oder des Amtes der Tiroler Landesregierung ergibt.

Das **Amt der Tiroler Landesregierung**, Abt. Verkehrsrecht, wenn sich die Maßnahme über mehrere Bezirke erstreckt.

**Voraussetzungen**

Bei eindeutigen gesetzlichen allgemeinen Halte- oder Parkverboten (z.B. §§ 23 und 24 StVO) sollte zur Vermeidung von irrigen Auslegungen die zusätzliche Aufstellung von Verkehrszeichen unterbleiben.

Halte- und Parkverbote können der Sicherheit, Leichtigkeit oder Flüssigkeit des Verkehrs dienen, wie z.B. Spitzenhalteverbote auf verkehrsreichen Straßen zur Vermeidung von Staus und Unfällen, Buszonen, um langen Fahrzeugen auf der gegenüberliegenden Straßenseite die Ausfahrt zu ermöglichen usw. Halte- und Parkverbote vor einem Amtsgebäude können durch die Beschaffenheit eines an der Straße gelegenen Gebäudes erforderlich werden, ebenso vor der Ordination eines

Arztes oder im Bereich einer Schule. **Parkverbote, die nicht der Vermeidung einer Verkehrsbehinderung dienen, sondern lediglich der Erleichterung einzelner Personen, sind im Gesetz nicht gedeckt.**

Nach der ständigen Rechtsprechung des VfGH ist eine Verkehrsbeschränkung nur erforderlich, wenn es auf Grund der örtlichen und verkehrsmäßigen Gegebenheiten der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs notwendig ist. Die Verhältnismäßigkeit ist von der Behörde im Zuge des Anhörungs- und Ermittlungsverfahrens zu prüfen.

Bei Prüfung der Erforderlichkeit einer Verordnung für eine Beschränkung sind die bei der betreffenden Straße oder Straßenstrecke anzutreffenden, für den spezifischen Inhalt der Verordnung relevanten Umstände mit jenen Umständen zu vergleichen, die für eine nicht unbedeutende Anzahl anderer Straßen zutreffen.

Die Straßenverkehrszeichen müssen den Bestimmungen der Straßenverkehrszeichenverordnung in der derzeit gültigen Fassung entsprechen. Die Bestimmungen der §§ 48 bis 54 der Straßenverkehrsordnung 1960 müssen bei der Aufstellung der Straßenverkehrszeichen genau beachtet werden.

#### **Verkehrszeichen:**

##### **„Parken verboten“ gem. § 52 lit. a Zif. 13a StVO 1960**



Dieses Zeichen zeigt mit der Zusatztafel „Anfang“ den Beginn und mit der Zusatztafel „Ende“ das Ende eines Straßenabschnittes an, in dem das Parken verboten ist. Das Verbot bezieht sich auf die Straßenseite, auf der sich dieses Zeichen befindet.

Folgende unter dem Zeichen angebrachte Zusatztafeln zeigen an:

- a) Eine Zusatztafel mit der Angabe bestimmter Stunden, dass das Verbot während der angegebenen Stunden gilt;
- b) eine Zusatztafel mit der Angabe bestimmter Tage, dass das Verbot an den angegebenen Tagen gilt; beginnt das Verbot nicht um 00 Uhr oder endet es nicht um 24 Uhr, so ist auf der Zusatztafel überdies auch noch der Zeitpunkt des Beginnes oder des Endes des Verbotes anzugeben;
- c) eine Zusatztafel mit Pfeilen den Verlauf des Straßenabschnittes, in dem das Verbot gilt; solche Pfeile können statt auf einer Zusatztafel auch im Zeichen selbst angebracht werden, sind dort aber in weißer Farbe auszuführen.

Wenn der Geltungsbereich des Verbotes auf diese Weise unmissverständlich zum Ausdruck gebracht werden kann, so genügt ein Vorschriftszeichen. Die Anbringung weiterer Angaben auf den unter lit. a bis c angeführten Zusatztafeln sowie die Anbringung von Zusatztafeln mit anderen Angaben ist unbeschadet des § 51 Abs. 3 zulässig.

**„Halten und Parken verboten“ gem. § 52 lit. a Zif. 13b StVO 1960**



Dieses Zeichen zeigt mit der Zusatztafel „Anfang“ den Beginn und mit der Zusatztafel „Ende“ das Ende eines Straßenabschnittes an, in dem das Halten und Parken verboten ist. Das Verbot bezieht sich auf die Straßenseite, auf der sich dieses Zeichen befindet.

Eine Zusatztafel mit der Aufschrift "AUSGENOMMEN ZUSTELLDIENSTE" zeigt an, dass das rasche Auf- oder Abladen geringer Warenmengen vom Halteverbot ausgenommen ist.

Eine Zusatztafel mit der Aufschrift "AUSGENOMMEN LADETÄTIGKEIT" zeigt eine Ladezone an. Hinsichtlich weiterer Zusatztafeln gelten die Bestimmungen der Z. 13a sinngemäß.

Durch eine unter einem Halte-/Parkverbot angebrachte Zusatztafel mit der mit der Entfernungsangabe 7 m, mit zwei nach beiden Richtungen weisenden Pfeilen ergibt sich, dass sich der örtliche Geltungsbereich des Verbotes nach beiden Seiten hin erstreckt (je 3,50 m).

**Zusatztafel gem. § 54 StVO 1960**



Eine solche Zusatztafel unter dem Zeichen „Halten und Parken verboten“ zeigt eine Abschleppzone (§ 89a Abs. 2 lit. b) an.



Eine solche Zusatztafel unter dem Zeichen „Halten und Parken verboten“ zeigt an, dass das Halte- und Parkverbot nicht für Fahrzeuge gilt, die nach der Bestimmung des § 29b Abs. 4 gekennzeichnet sind.

Verfahren über Anträge können nur rasch erledigt werden, wenn das **FORMBLATT GENAUESTENS UND VOLLSTÄNDIG AUSGEFÜLLT, SÄMTLICHE UNTERLAGEN ANGESCHLOSSEN**, und **vom Antragsteller unterschrieben** ist. Der **Antragsteller versichert mit der Unterzeichnung des Formblattes**, dass alle Angaben der Wahrheit entsprechen.

Für derartige Anträge sind umfangreiche Ermittlungen (Gutachten von verkehrstechnischen Sachverständigen, Durchführung eines Lokalausweises usw.) erforderlich.

(Ort/Datum)	(Unterschrift des Antragstellers)

**DEM ANTRAG SIND JEDENFALLS FOLGENDE UNTERLAGEN ANZUSCHLIESSEN:**

- 1) **Übersichtslageplan** mit den eingetragenen Verkehrszeichen / Bodenmarkierungen